

Namensartikel

Was muss Integrationspolitik heute leisten?

"Integration setzt bei Zuwanderern den Willen und aktive Bemühungen voraus, hier anzukommen", schreibt Bundesinnenminister Thomas de Mazière in einem Gastbeitrag für die "Neue Osnabrücker Zeitung". Umgekehrt bedürfe es "einer Willkommenskultur aufseiten der aufnehmenden Gesellschaft." Das lasse "gegenseitiges Vertrauen wachsen".



"Gute Integrationspolitik erkennt man daran, was tatsächlich gemacht wird."

Den vollständigen Namensartikel von Thomas de Mazière lesen Sie hier:

Ohne Zuwanderung, verbunden mit Weltoffenheit und Toleranz, wäre unser Land um vieles ärmer. Wir leben in einer globalisierten Welt des internationalen Austausches.

Integration setzt bei Zuwanderern den Willen und aktive Bemühungen voraus, hier anzukommen und die neue Heimat auch als Heimat anzuerkennen. Umgekehrt bedarf es einer Willkommenskultur aufseiten der aufnehmenden Gesellschaft. Das lässt gegenseitiges Vertrauen wachsen.

Was wir für erfolgreiche Integration brauchen, sind gute Sprachkenntnisse, ist gemeinsames Wohnen und Leben, eigener Lebensunterhalt, gemeinsamer Schulbesuch, gemeinsamer Sport und ist vor allem die Identifikation mit dem Wohnort, mit Deutschland. Dies ist eine große Herausforderung für alle.

Die große Mehrheit der Zuwanderer ist gut integriert. Es sind Menschen, die Arbeit haben, unsere Sprache sprechen, sich an die geltenden Gesetze halten, unsere Kultur und Werte respektieren. Sie haben in Deutschland ihre Heimat gefunden.

Den Erfolg der Integration bestimmen viele Faktoren. An erster Stelle steht die Eigenverantwortung des Zuwanderers. Diese müssen wir einfordern. Aber auch die soziale und ethnische Herkunft haben Einfluss, ebenso wie die Wirtschaftskraft der Region für die Integrationskraft des Arbeitsmarktes entscheidend ist.

Bei Bildung und Ausbildung haben überdurchschnittlich viele Zuwanderer Schwierigkeiten. Deswegen können einige ihre Chancen nicht schnell nutzen. Sie brauchen Hilfe. Manche wollen es aber nicht, schotten sich lieber ab, etwa durch die Nichtteilnahme am gesellschaftlichen Leben oder an den angebotenen Deutschkursen bis hin zur Ablehnung des deutschen Staates. Hier liegt das größte Problem.

Jahrelang ist zu wenig gemacht worden. Viele dachten, die Zeit löse die Probleme von selbst. Bundeskanzlerin Merkel hat dann die Integrationspolitik bei ihrem Amtsantritt vor fünf Jahren zu einem Schwerpunkt der Regierungsarbeit gemacht. Seitdem ist viel passiert. Es bleibt aber noch viel zu tun. Wir brauchen längeren Atem.

Gute Integrationspolitik erkennt man daran, was tatsächlich gemacht wird. So setzen wir bereits in den Herkunftsländern an, etwa durch strikte Auflagen zum Spracherwerb beim Familiennachzug. Wir fördern neu Zugewanderte nach Ankunft mit Integrationsmaßnahmen und fordern gleichzeitig Eigenanstrengungen - auch im Wege von Verpflichtungen, auch gebunden an Sanktionsmöglichkeiten, ganz im Sinne von Fördern und Fordern.

Wer sich einbürgern lassen will, muss in einem Einbürgerungstest seine Kenntnisse über unser Land nachweisen. Um den schulischen Erfolg der Kinder zu stärken, sprechen wir mit unseren Sprachkursen gezielt Eltern an. Denn Bildung und Ausbildung sind Grundlage und Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und Erfolg. Frühkindliche Förderung spielt hier eine besondere Rolle.

Im Fokus integrationspolitischer Debatten steht immer wieder der Islam. Er wird für die Probleme mitverantwortlich gemacht, die es bei muslimischen Zuwanderern gehäuft gibt. Nach allem, was wir wissen, wirken vor allem soziale Faktoren - viele Muslime in unserem Land stammen ursprünglich aus ärmlichen, bildungsfernen Verhältnissen - integrationshemmend.

Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass bei einem Teil der Muslime in Deutschland ein Religionsverständnis vorherrscht, das Integration erschwert. Das betrifft aber bei Weitem nicht die Mehrheit der Muslime. Studien gehen hier von einem Anteil von 10 bis 15 Prozent integrationsunwilliger Muslime aus. Wir sollten die Debatte hierzu wahrhaftig, fair und differenziert führen, nicht mit Vorurteilen und nicht mit Schönfärberei.

Unser Land bleibt christlich geprägt. Aber der Islam ist als Religion in Deutschland verankert mit rund vier Millionen Moslems. An den sich daraus ergebenden Themen arbeiten wir vor allem in der Deutschen Islam Konferenz.

Wir wollen, dass islamischer Religionsunterricht nicht in den Hinterhöfen von Moscheen stattfindet, sondern, wie christlicher Religionsunterricht auch, in unseren Schulen. Wir wollen, dass Imame in Deutschland ausgebildet werden und in deutscher Sprache agieren. Wir beschäftigen uns mit der Gleichstellung der Geschlechter und mit dem Verhältnis von Islam und islamistischem Terrorismus. Für die Akzeptanz des Islam in Deutschland sind das zentrale Fragen.

Angst machen gilt nicht. Wir müssen in das Vertrauen zwischen den Menschen investieren. Das kann der Staat nicht alleine. Hier sind Nachbarn, Vereine, Arbeitgeber, Eltern, Lehrer, die Kirchen, die Parteien und Verbände, die Vermieter und Mieter, die Kultur und die Presse - hier sind wir alle gefordert.

Quelle: Neue Osnabrücker Zeitung, 20.09.2010.